

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 78 bis 87:

Wir wollen unsere soziale Infrastruktur stärken und Investitionen auf den Weg bringen. ~~Migration wirkt wie ein Brennglas auf bestehende Probleme, die wir alle im Alltag spüren, nicht nur bei der Aufnahme von Geflüchteten: Unsere soziale Infrastruktur muss dauerhaft stärker werden. Der Mangel an Wohnraum oder die unzureichende Anzahl an Schul- und Kitaplätzen wurde in den letzten Monaten noch einmal deutlich. Dieses Problem ist keines, das wir allein für die Geflüchteten angehen müssen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Doch sind die Geflüchteten oft die ersten, denen die fehlenden Kapazitäten angelastet werden. Klar ist: Es wurde zu lange zu wenig getan. Wir wollen deshalb in den Wohnungsbau investieren. Unsere soziale Infrastruktur muss dauerhaft stärker werden. Der Mangel an Wohnraum oder die unzureichende Anzahl an Schul- und Kitaplätzen wurde in den letzten Monaten noch einmal deutlich. Diese gesamtgesellschaftlichen Probleme bestehen unabhängig von Migration. Doch sind die Geflüchteten oft die ersten, denen die fehlenden Kapazitäten zu Unrecht angelastet werden. Klar ist: Es wurde zu lange zu wenig getan. Wir wollen deshalb bezahlbaren Wohnraum schaffen~~ und dafür sorgen, dass insbesondere mehr Wohnungen mit sozialer Bindung entstehen. Wir wollen auf allen Ebenen in den Ausbau guter Schulen und Kitas investieren.

Begründung

Es ist weder sachlich richtig noch hilfreich, Migration für Sanierungsstau und andere Probleme unserer Gesellschaft verantwortlich zu machen. Ohne Migrant*innen wäre diese Gesellschaft, aber vor allem unser Wirtschaftssystem schon lange zusammengebrochen.

Wohnungsneubau ist extrem klimaschädlich und eigentlich gibt es genug Wohnraum, daher sollte diese Passage so umformuliert werden, dass sie mehr Maßnahmen mit einschließt, ohne Neubau auszuschließen.

weitere Antragsteller*innen

Cim Kartal (KV Bielefeld); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Sabine Yündem (KV Remscheid); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Astrid Stahn (KV Rhein-Sieg); Antje Westhues (KV Bochum); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Clara Steinbrenner (KV Erfurt); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christoph Lorenz (KV

Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Simon Haack (KV Münster); Kathleen Wabrowetz (KV Berlin-Neukölln); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); sowie 44 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.